



Dr. Stefan Hähnel, Universität Bayreuth.
Foto: privat.

6.800 Zeichen
Abdruck honorarfrei
Beleg wird erbeten

Politische Fehlsteuerungen als Hauptursache der Finanzkrise 2007 – 2009

In seiner kürzlich veröffentlichten Doktorarbeit warnt der Bayreuther Wissenschaftler Dr. Stefan Hähnel davor, globale Finanzkrisen einseitig einem Versagen der Märkte oder dem ungezügelten Gewinnstreben einzelner Marktteilnehmer anzulasten. Die Rolle institutioneller Rahmenbedingungen und deren Ausgestaltung seitens der politischen Entscheidungsträger werde bis heute unterschätzt.

Was im Sommer 2007 als Krise auf dem U.S.-amerikanischen Immobilienmarkt begann, weitete sich in den Folgejahren zu einer globalen Finanzkrise aus. Was waren die Ursachen? Hätte man die Entwicklung vorhersehen und vermeiden können? Welche Schlussfolgerungen lassen sich aus der Finanzkrise ziehen? Mit diesen Fragen befasst sich der Bayreuther Wirtschaftswissenschaftler Dr. Stefan Hähnel in seiner jetzt als Buch erschienenen Dissertation. Darin widerspricht er zahlreichen Erklärungsansätzen, die bis heute nicht nur in den Medien, sondern auch in politischen und wissenschaftlichen Diskussionen präsent sind. Seine Analysen führen zu dem Ergebnis: Die Finanzkrise der Jahre 2007 bis 2009 war das unbeabsichtigte Ergebnis institutioneller Rahmenbedingungen, die von den politisch Verantwortlichen unangemessen ausgestaltet worden sind.

Politische Fehlsteuerungen als Krisenherd

„Nicht außer Kontrolle geratene Märkte oder die hemmungslose Gier von Bankmanagern, sondern vor allem politische Fehlsteuerungen haben an vielen Stellen die Krise befeuert und eskalieren lassen“, erklärt der Bayreuther Ökonom. So habe die Politik den privaten Eigenheim- und Wohnungsbau sowie die Kreditvergabe an Bevölkerungsgruppen mit geringen Einkommen in einer Weise gefördert, die eine leichtfertige Vergabe und Aufnahme von Krediten begünstigt habe. Dr. Stefan Hähnel nennt als Beispiel den „Community Reinvestment Act“ in den USA. Dieses Gesetzespaket sei ein politisch motivierter Eingriff in die Geschäftsaktivitäten der Banken gewesen und habe politische Ziele den ökonomischen Notwendigkeiten, wie etwa einer Bonitätsprüfung der Kunden, übergeordnet. Als weiteres Beispiel für politische Fehlsteuerungen führt er die Etablierung eines Sekundärmarktes an, der es ermöglicht hat, Hypotheken an Dritte weiterzuverkaufen. Insbesondere von verbrieften Hypothekenkrediten versprach man sich eine verbesserte Refinanzierung der Banken. Diese später als toxische Wertpapiere bezeichneten sog. Asset Backed Securities stellten den entscheidenden „Ansteckungskanal“ dar, der dazu führte, dass aus der US-amerikanischen Immobilienkrise eine weltweite Banken- und Finanzmarktkrise werden konnte.

„Wenn man sich diese Fehlsteuerungen vor Augen führt, wird im Rückblick deutlich, wie oberflächlich die bisherige Diskussion über die Ursachen der Finanzkrise verlaufen ist“, meint Dr. Stefan Hähnel. „Die Medien haben fast übereinstimmend eine allzu expansive Geldpolitik der Notenbanken kritisiert. Sie haben die Dominanz neoliberaler Konzepte beklagt und die Krise auf globale Ungleichgewichte und andere makroökonomische Entwicklungen zurückgeführt. Doch mit solchen abstrakten Erklärungsansätzen lassen sich die Ursachen der Finanzkrise nicht überzeugend erklären.“

Plädoyer für eine „differenzierte Regulierung“

Es sind die allzu schlagwortartig geführten und mit Vorurteilen belasteten Debatten, die nach Auffassung des Bayreuther Ökonomen überzogene Handlungsempfehlungen an den Staat ausgelöst haben. Forderungen nach einer umfassenden gesetzlichen Kontrolle des Finanzsektors gingen oftmals viel zu weit. Regulierungen, die sich sogar auf intakte Märkte und bewährte Institutionen erstrecken, enthielten oft schon den Keim für neue krisenhafte Entwicklungen.

Dr. Stefan Hähnel plädiert deshalb für eine „differenzierte Regulierung“. Deren Ausgangspunkt müsse eine sorgfältige Analyse der Faktoren sein, die unzweifelhaft zur Krise beigetragen haben. Erst auf dieser Grundlage sollten Regulierungsmaßnahmen beschlossen und umgesetzt werden. Diese Maßnahmen seien strikt auf Finanzinstitutionen zu beschränken, die sich eindeutig als Störfaktoren und als Treiber einer krisenhaften Eskalation erwiesen hätten. Zudem müssten staatliche Kontrollmechanismen viel genauer, als dies bisher geschehen sei, auf die Größe von Finanzinstituten, auf nationale und regionale Besonderheiten sowie auf die Eigenarten der jeweiligen Finanzmärkte zugeschnitten werden. „Wer die Ursachen bekämpfen will, die 2007 zum Ausbruch einer weltweiten Wirtschaftskrise geführt haben, sollte sich in erster Linie den staatlich gesetzten Rahmenbedingungen und dem Handeln der politisch Verantwortlichen zuwenden. Die Krise einseitig und pauschal mit einem Versagen der Marktwirtschaft zu erklären und daraus die Notwendigkeit eines ökonomischen Systemwechsels ableiten zu wollen, ist nachweislich verfehlt“, resümiert der Bayreuther Wirtschaftswissenschaftler, der mit seinen jetzt veröffentlichten Untersuchungen das Vertrauen in die Soziale Marktwirtschaft stärken will.

Weil die Finanzkrise häufig als Ergebnis eines Marktversagens aufgefasst werde, erwarte die Öffentlichkeit vom Staat, dass er tiefer in das Wirtschaftsgeschehen eingreifen solle. Dabei werde aber übersehen, dass politisch motivierte Interventionen oftmals den Boden für künftige Funktionsstörungen der Märkte bereiten, statt ihnen – wie beabsichtigt – vorzubeugen. „Es entbehrt deshalb nicht einer gewissen Ironie, wenn staatliche Eingriffe in das Marktgeschehen häufig die Grundlage für spätere Krisen bilden, die Bürger nach der Krise aber pauschal und ohne Kenntnis der zugrunde liegenden Probleme stärkere Eingriffe des Staates fordern“, so der Bayreuther Ökonom.

Frühwarnsysteme: ein realistisches Ziel?

Hätte sich die Finanzkrise der Jahre 2007 bis 2009 überhaupt vorhersehen und abwenden lassen? Aufgrund seiner Analysen warnt Dr. Stefan Hähnel davor, die Prognosemöglichkeiten zu überschätzen. Ein weltweites Frühwarnsystem, das Krisen bereits im Entstehungsstadium erkennen und der Politik wirksame Gegenmittel empfehlen könne, werde sich kaum realisieren lassen. Auch die Wirksamkeit der Instrumente, die in den Wirtschaftswissenschaften heute unter dem Begriff der „makroprudenziellen Aufsicht“ zusammengefasst wer-

den, beurteilt er zurückhaltend. „Selbst wenn es gelingt, die Systemrelevanz einzelner Banken zu senken, bedeutet dies keineswegs, dass die Finanzmärkte dadurch bereits krisenfest sind. Dies gilt ebenso für die verbreitete Forderung, klassische Geschäftsbereiche der Banken – vom Investmentbanking bis hin zu den Dienstleistungen für ‚Kleinsparer‘ – voneinander abzutrennen und auf separate Bankinstitute zu verteilen“, meint der Bayreuther Wirtschaftswissenschaftler. Auch in einem Trennbankensystem wären diese beiden Segmente nach wie vor über den Interbankenmarkt miteinander verbunden und könnten sich gegenseitig Liquidität entziehen.

Veröffentlichung:

Stefan Hähnel, Die Finanzkrise 2007-2009: die Krise als nicht intendiertes Resultat unangemessener institutioneller Rahmenbedingungen. Bayreuth, 2016
(NMP, Aktuelle Fragen der Wirtschaftspolitik; Band 3).

Kontakt:

Dr. Stefan Hähnel
Lehrstuhl VWL V – Institutionenökonomik
Universität Bayreuth
Universitätsstraße 30
D-95440 Bayreuth
Telefon + 49 (0) 921 - 55 6044
E-Mail: stefan.haehnel@uni-bayreuth.de

Text und Redaktion:

Christian Wißler M.A.
Stabsstelle Presse, Marketing und Kommunikation
Universität Bayreuth
D-95440 Bayreuth
Tel.: +49 (0)921 55-5356
E-Mail: mediendienst-forschung@uni-bayreuth.de

Foto: privat. In hoher Auflösung zum Download unter:

www.uni-bayreuth.de/de/universitaet/presse/pressemitteilungen/2016/046-finanzkrise

Kurzporträt der Universität Bayreuth

Die Universität Bayreuth ist eine junge, forschungsorientierte Campus-Universität. Gründungsauftrag der 1975 eröffneten Universität ist die Förderung von interdisziplinärer Forschung und Lehre sowie die Entwicklung von Profil bildenden und Fächer übergreifenden Schwerpunkten. Die Forschungsprogramme und Studienangebote decken die Natur- und Ingenieurwissenschaften, die Rechts- und Wirtschaftswissenschaften sowie die Sprach-, Literatur- und Kulturwissenschaften ab und werden beständig weiterentwickelt.

Gute Betreuungsverhältnisse, hohe Leistungsstandards, Fächer übergreifende Kooperationen und wissenschaftliche Exzellenz führen regelmäßig zu Spitzenplatzierungen in Rankings. Die Universität Bayreuth zählt im weltweiten Times Higher Education (THE)-Ranking ‚100 under 50‘ zu den hundert besten Universitäten, die jünger als 50 Jahre sind.

Seit Jahren nehmen die Afrikastudien der Universität Bayreuth eine internationale Spitzenposition ein; die Bayreuther Internationale Graduiertenschule für Afrikastudien (BIGSAS) ist Teil der Exzellenzinitiative des Bundes und der Länder. Die Hochdruck- und Hochtemperaturforschung innerhalb des Bayerischen Geoinstituts genießt ebenfalls ein weltweit hohes Renommee. Die Polymerforschung hat eine herausragende Position in der deutschen und internationalen Forschungslandschaft. Die Universität Bayreuth verfügt über ein dichtes Netz strategisch ausgewählter, internationaler Hochschulpartnerschaften.

Derzeit sind an der Universität Bayreuth rund 13.500 Studierende in 146 verschiedenen Studiengängen an sechs Fakultäten immatrikuliert. Mit ca. 1.200 wissenschaftlichen Beschäftigten, 235 Professorinnen und Professoren und etwa 900 nicht-wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ist die Universität Bayreuth der größte Arbeitgeber der Region.